

E i n l a d u n g

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 24.02.2004, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratsaal des Rathauses

Rastede, den 12.02.2004

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2003**
- TOP 4 Haushalt 2003 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 2004/007**
- TOP 5 Jahresabschluss Haushalt 2003; Ergebnismitteilung
Vorlage: 2004/026**
- TOP 6 Optimierter Regiebetrieb des Bauhofes Rastede; Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2003
Vorlage: 2004/025**
- TOP 7 Anfragen und Hinweise**
- TOP 8 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen

**gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2004/007**

freigegeben am 15.01.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 15.01.2004**Haushalt 2003 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.02.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	02.03.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	27.04.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat stimmt den in der Anlage 1 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils über 5.000 Euro zu.
2. Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage 2 genannten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des gesamten Haushaltsjahres 2003 in Höhe von jeweils unter 5.000 Euro zu.

Sach- und Rechtslage:

In der **Anlage 1** sind die seit der letzten Ratsinformation (02.12.2003) bis zum 31.12.2003 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt, welche oberhalb der Zuständigkeitsgrenze des Rates von 5.000,00 EUR liegen.

In der **Anlage 2** befinden sich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem gesamten Haushaltsjahr 2003, die die Zuständigkeitsgrenze von 5.000,00 EUR **nicht** erreicht haben (Zuständigkeit Gemeindedirektor/Bürgermeister). Gemäß Ratsbeschluss vom 19.09.2001 wird der Rat hiermit im Rahmen der Arbeiten für die Jahresrechnung 2003 unterrichtet.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben oder Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 EUR.
2. Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 2003 unter 5.000,00 EUR.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2004/026

freigegeben am 04.02.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 04.02.2004

Jahresabschluss Haushalt 2003; Ergebnismitteilung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.02.2004	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	02.03.2004	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Entfällt.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushaltsplan 2003 hat für den Vermögenshaushalt einen Fehlbedarf in Höhe von 649.000 Euro ausgewiesen. Der Jahresabschluss dagegen weist eine Nettozuführung in Höhe von 1.472.937,44 Euro aus.

Von der Nettozuführung wurden im Vermögenshaushalt zur Vermeidung einer Kreditaufnahme 199.872,62 Euro verbraucht, so dass eine Rücklagenzuführung noch in Höhe von 1.273.064,82 Euro möglich wurde. Im Laufe des Jahres 2004 ist aufgrund eines Zinsanpassungstermins die Umschuldung eines Kreditmarktdarlehens in Höhe von rund 497.800 Euro vorgesehen. Zu gegebener Zeit wird die Verwaltung voraussichtlich vorschlagen, dieses Hochzinsdarlehen (7,1 %) vorzeitig zu tilgen und dafür die allgemeine Rücklage in Anspruch zu nehmen. Je nach Entwicklung des Haushaltsjahres 2004 könnte im Falle von Liquiditätsengpässen der Kasse und zur Vermeidung von Kreditaufnahmen eine außerplanmäßige Rücklagenentnahme vorgenommen werden.

Verwaltungshaushalt	
Reste	322.845,74
Zuführung zum Vermögenshaushalt	2.010.372,50
davon	
- Pflichtzuführung	537.435,06
- Nettozuführung	1.472.937,44
Vermögenshaushalt	
Ergebnis Vermögenshaushalt	3.814.539,62
davon	
- Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2.010.372,50
- Ergebnis Vermögenshaushalt	1.804.167,12
Reste	-2.541.474,80
Zuführung zur allg. Rücklage	1.273.064,82
Verbrauch der Nettozuführung für den Vermögenshaushalt	199.872,62

Es ist darauf hinzuweisen, dass die v.g. Zahlen auf dem Anordnungssoll beruhen. D.h., dass Anordnungssoll ist die Einnahmeerwartung. So hat sich nach dem Jahresabschluss herausgestellt, dass sich in einem Fall nachgeforderte (zum Soll gestellte) Erpachtzinsen in Höhe von rd. 363.000 Euro tatsächlich nicht realisieren lassen. Wäre diese Erkenntnis bereits vor dem Jahresabschluss vorhanden gewesen, wäre die Nettozuführung um diesen Betrag geringer ausgefallen. Folge ist, dass der Verwaltungshaushalt 2004 die Mindereinnahme in Höhe von 363.000 Euro „verkräften“ muss.

Die Haushaltssatzung 2003 hatte eine Gesamtkreditaufnahme in Höhe von 2.187.100 vorgesehen. Davon sind 325.000 Euro auf die Kreisschulbaukasse entfallen. Kreditmarktmittel wurden überhaupt nicht in Anspruch genommen, und von den veranschlagten Krediten aus der Kreisschulbaukasse wurden 194.922,58 Euro als Kredit benötigt.

Die Abweichungen von den Veranschlagungen im Haushaltsplan ziehen sich durch den gesamten Haushaltsplan. Insofern ist nur auf wenige besonders auffällige Abweichungen einzugehen, die den Haushaltsabschluss maßgeblich beeinflusst haben.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen kleinen statistischen Überblick, wie sich die Abweichungen von den Veranschlagungen über den Gesamthaushalt verteilen.

					Abweichung HHSoll – AOSoll			
					größer	kleiner	zwischen	
					5.000	-5.000	0	0
							und	und
							5.000	-5.000
					Euro	Euro	Euro	Euro
Verwaltungshaushalt	Einnahme	307	92	215	36	36	65	78
	Ausgabe	108	45	63	15	22	15	11
Vermögenshaushalt	Einnahme	1.386	268	1.118	150	28	683	257
	Ausgabe	341	180	161	67	10	59	25
		2.142	585	1.557	268	96	822	371
					364		1.193	
					1.557			

Nachfolgend wird auf herausragende oder regelmäßig wichtige Einnahme- und Ausgabearten kurz eingegangen.

Verwaltungshaushalt

Abgaben

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vor- jahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjah- ren	Differenz
12.254.400,00	13.145.493,71	891.093,71

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungs- soll ein- schließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abwei- chung in Pro- zent	HHStellenbezeichnung
90000	0	8200	149.700,00	149.110,37	-589,63	0	Grundsteuer A
90000	1000	8200	1.802.500,00	1.864.481,51	61.981,51	3	Grundsteuer B
90000	3000	8200	2.570.100,00	3.286.410,48	716.310,48	28	Gewerbsteuer nach Ertrag
90000	10000	8200	4.492.100,00	4.337.375,00	-154.725,00	-3	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
90000	12000	8200	315.000,00	315.076,00	76,00	0	Beteiligung an der Umsatzsteuer
90000	21000	8200	20.000,00	20.703,32	703,32	4	Sonstige Vergnügungssteuer
90000	22000	8200	51.000,00	50.995,77	-4,23	0	Hundesteuer
90000	41000	8200	2.377.700,00	2.546.840,00	169.140,00	7	Schlüsselzuweisungen vom Land
90000	61000	8200	251.500,00	311.232,00	59.732,00	24	Zuschuß übertrag. Wirkungskreis
90000	62000	6101	224.800,00	263.269,26	38.469,26	17	Beteiligung an der Konzessionsabgabe (Strom)

Über die positive Entwicklung der Einnahme aus der Gewerbesteuer wurde während der Haushaltsplanung 2004 berichtet. Steuerfestsetzungen für zurückliegende Jahre aber auch dauerhafte positive Entwicklungen haben das Ergebnis beeinflusst. Bei der Veranschlagung für 2004 wurde diese positive Entwicklung zu einem gewissen Teil berücksichtigt.

Die positive Entwicklung bei der Grundsteuer B war nicht vorauszusehen. Hier handelt es sich um eine normaler Weise gleichbleibende Einnahmeart. Grundstücksverkäufe aus Vorjahren und Anhebungen von Einheitswerten für „Altgrundstücke“ sind für die höhere Einnahme verantwortlich.

Die Mindereinnahme bei der Einkommensteuerentwicklung war nicht erwartet worden. Obwohl gegenüber 2002 bereits eine Mindereinnahme von rd. 130.000 Euro einkalkuliert wurde, wurde diese pessimistische Veranschlagung von der Realität doch noch erheblich unterschritten.

Die Schlüsselzuweisungen liegen über der Veranschlagung, weil die letzten berechnungsrelevanten Daten im Zeitpunkt des „Planungsschlusses“ nicht bekannt gewesen sind. Die Schwierigkeiten bei der Veranschlagung dieser Einnahmeart ist allen Beteiligten bekannt.

Die höhere Einnahme bei der Konzessionsabgabe ist eine positive Überraschung, denn es gibt keine eindeutigen Anhaltspunkte, die Einnahme in der richtigen Höhe voraussehen zu können.

Gebühren

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
3.249.200,00	3.160.210,81	-88.989,19

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent	HHStellenbezeichnung
70000	110000	7100	2.258.800,00	2.074.799,35	-184.000,65	-8	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

Vorausschauend auf das Kostenrechnungsergebnis 2003 wurde gegenüber dem OOWV auf die Zahlung der zwölften Abschlagszahlung für durch den OOWV eingenommene Gebühren verzichtet. Die Mindereinnahme wurde bei der Kalkulation der Gebühr für 2004 berücksichtigt!

Der OOWV war an die Gemeinde herangetreten und hatte im Zuge des nachvollziehbaren Wunsches des OOWV, die Abrechnungsmodalitäten gegenüber der Gemeinde Rastede zu ändern, eine zusammenfassende Abrechnung für die zurückliegenden Jahre vorgenommen, die erkennen ließ, dass u.a. wegen der rückläufigen Abwassermengen und wegen eines Abrechnungsfehlers in 2002 gegenüber der Gemeinde mit Mindereinnahmen zu rechnen ist. Die vereinbarten Regelraten waren deshalb den realistischen Gebühreneinnahmen anzupassen.

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent	HHStellenbezeichnung
57200	110000	5103	205.000,00	261.838,13	56.838,13	28	Eintrittsgelder Hallenbad
57000	110000	5101	87.000,00	121.104,90	34.104,90	39	Eintrittsgelder Freibad

Bekannter Weise lassen sich die Einnahmen aus den Entgelten für die Bäder nicht berechnen. Insoweit sind die Mehreinnahmen erfreulich und sollten für die Attraktivität der Bäder sprechen. Was das Freibad betrifft, ist für das positive Ergebnis sicherlich auch das schöne Wetter verantwortlich.

Mieten, Pachten

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
254.400,00	604.340,41	349.940,41

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent	HHStellenbezeichnung
43600	140000	4802	22.200,00	16.823,25	-5.376,75	-24	Mieten und Pachten
57000	140000	5101	8.300,00	2.016,00	-6.284,00	-76	Mieten und Pachten
21030	140000	2103	9.600,00	0,00	-9.600,00	-100	Mieten und Pachten
43500	140000	4801	14.700,00	0,00	-14.700,00	-100	Mieten und Pachten
57100	140000	5102	15.300,00	51,13	-15.248,87	-100	Mieten und Pachten
88000	140100	8500	48.800,00	429.031,35	380.231,35	779	Erbbauszinsen
88000	140000	8500	80.000,00	108.318,58	28.318,58	35	Mieten und Pachten

Zu der hohen Mehreinnahme bei den Erbbauzinsen wurden bereits oben Ausführungen gemacht.

Die Mindereinnahmen sind darauf zurückzuführen, dass infolge eines Personalwechsels bestimmte Mieten und Pachten nicht angefordert wurden. Dies wurde und wird im Haushaltsjahr 2004 korrigiert.

Personalkosten

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
6.026.400,00	5.787.653,86	-238.746,14

Nicht voraussehbar waren Arbeitszeitreduzierungen für verschiedene Stellen, das Ausscheiden der Frauenbeauftragten, kostengünstige Folgebesetzungen nach Personalum- und -abgängen, usw..

Bauliche Unterhaltung

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
781.440,93	510.321,54	-271.119,39

Die Minderausgaben verteilen sich auf knapp zwanzig Haushaltsstellen. Herausragende Minderausgabe liegt bei den Obdachloseneinrichtungen mit nicht verausgabten rd. 43.000 Euro vor. Dort erwartete Unterhaltungsarbeiten an den Wohnungen sind nicht erforderlich geworden.

Unterhaltung der Außenanlagen

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
596.382,60	473.146,60	-123.236,00

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent	HHStellenbezeichnung
67000	510000	6101	60.000,00	50.308,81	-9.691,19	-16	Unterhaltung der Beleuchtungsanlagen
58000	510000	6201	188.075,00	153.808,58	-34.266,42	-18	Unterhaltung der Außenanlagen
46000	510000	6203	88.877,60	48.638,19	-40.239,41	-45	Unterhaltung der Außenanlagen
56000	510000	5200	150.950,00	99.778,89	-51.171,11	-34	Unterhaltung der Außenanlagen

Dies vorstehenden Haushaltsansätze enthalten erstmalig einen hohen Anteil an Kosten für den Bauhof. Die Ausgaben gegenüber dem Bauhof haben sich in der kalkulierten Höhe nicht herausgestellt. Dies ist der bedeutende Grund dafür, warum die Ausgaben nicht realisiert wurden und die Einsparung eingetreten ist.

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent	HHStellenbezeichnung
67500	510000	6102	60.000,00	81.993,81	21.993,81	37	Winterdienst (Materialkosten)

Die Mehrausgabe geht auf den nicht erwarteten Materialeinsatz für den Winterdienst Anfang 2003 zurück.

Unterhaltung der Straßen

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	
823.950,00	680.659,70	-143.290,30	Unterhaltung der Straßen
146.800,00	130.410,61	-16.389,39	Deckenprogramm

Auch hier entfällt der größte Ausgabenanteil auf den Anteil Bauhof. Die erstmalige Kalkulation von echten Ausgaben gegenüber dem Bauhof hat zu einer Überschätzung dieses Ausgabenanteils geführt.

Bewirtschaftungskosten

veranschlagt (HHSoll plus Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
1.004.600,00	861.927,69	-142.672,31

Gliederung	Gruppierung	Budget	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent	HHStellenbezeichnung
57000	540500	5101	28.000,00	39.353,08	11.353,08	41	Abgaben
70000	540500	7100	30.000,00	35.304,16	5.304,16	18	Abgaben
57200	540200	5103	49.500,00	43.955,46	-5.544,54	-11	Strom
76000	540100	7300	40.500,00	34.932,24	-5.567,76	-14	Bewirtschaftungskosten
21060	540100	2106	20.500,00	14.700,04	-5.799,96	-28	Bewirtschaftungskosten
57000	540200	5101	17.500,00	10.849,83	-6.650,17	-38	Strom
21020	540100	2102	48.500,00	40.940,97	-7.559,03	-16	Bewirtschaftungskosten
57000	540300	5101	31.200,00	22.295,98	-8.904,02	-29	Gas
57200	540600	5103	86.000,00	76.528,12	-9.471,88	-11	Reinigung
28100	540100	2301	220.000,00	192.392,62	-27.607,38	-13	Bewirtschaftungskosten

Die Ausgabeabweichungen im Bereich Bewirtschaftung erstrecken sich über alle Budgets. Die herausragenden Abweichen sind in der vorstehenden Tabelle abgebildet. Die hohe Gesamteinsparung ist nicht erwartet worden. Insofern ist das Ergebnis überraschend erfreulich.

Aus- und Fortbildung, Kosten der EDV, Geschäftsausgaben, Bücher und Zeitschriften, Post und Fernmeldegebühren:

	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungssoll einschließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abweichung in Prozent
Aus- und Fortbildung	30.426,00	26.959,81	3.466,19	11
Kosten der EDV	124.402,00	121.549,97	2.852,03	2
Geschäftsausgaben	106.500,00	94.063,32	12.436,68	12
Bücher und Zeitschriften	21.598,13	21.955,63	-357,50	-2
Post- und Fernmeldegebühren	106.666,22	93.163,42	13.502,80	13

Auch hier erstrecken sich die Abweichungen über alle Budgets. Insgesamt wurde darauf geachtet, Ausgaben zu sparen. Im Bereich Post- und Fernmeldegebühren liegen die Ansätze für 2004 bereits unter denen für 2003.

Vermögenshaushalt

Verkauf von Grundstücken

	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungs- soll ein- schließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abwei- chung in Pro- zent
Verkauf von Grundstücken	565.600,00	2.715.302,56	2.149.702,56	380

Gliederung	Grup- pierung	Bud- get	veran- schlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren)	Anordnungs- soll ein- schließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abwei- chung in Prozent	HHStellenbezeichnung
62000	340000	8700	370.000,00	1.341.118,91	971.118,91	262	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken (Wohnungsbauförderung)
88000	340000	8700	27.600,00	1.163.449,22	1.135.849,22	4.215	Einnahmen aus dem Verkauf von Erbbaugrundstücken

Besonders positiv hat sich die Aktion für den Verkauf von Erbbaugrundstücken erwiesen.

Speziell diese Einnahmen und die Nettozuführung zum Vermögenshaushalt sind für das positive Ergebnis des Vermögenshaushaltes verantwortlich.

Neuanschaffung bewegliches Vermögen, Lehr- und Lernmittel, Neuanschaffung Spielgerät und Medienbeschaffung:

	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren (ohne über- planmäßige HHMittel))	Anordnungs- soll ein- schließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abwei- chung in Pro- zent
Neuanschaffung bewegl. Ver- mögen	438.661,39	357.555,14	-81.106,25	-18
Lehr- und Lernmittel	12.862,53	6.826,67	-6.035,86	-47
Neuanschaffung Spielgerät	14.000,00	0,00	-14.000,00	-100
Medienbeschaffung	159.362,93	28.417,33	-130.945,60	-82

Bei der Neuanschaffung von beweglichem Vermögen wurden für die Mehrzweckhalle an der Feldbreite wegen des Brandschadens bereitgestellt rd. 197.000 Euro nicht ausgegeben. Der Haushaltsansatz für diese Ausgabe wurde im Laufe des Haushaltsjahres 2003 überplanmäßig um 213.949 Euro verstärkt. Für die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 197.000 Euro wurde ein Haushaltsausgaberest gebildet. Weil ebenfalls die Ausstattung der naturwissenschaftlichen Räume nicht abgeschlossen werden konnte, wurde auch hier ein Haushaltsausgaberest in Höhe von rd. 36.500 Euro gebildet. Aufgrund der Budgetierungsregelungen für die Schulen wurden für die Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie sonstigem beweglichen Vermögen rd. 15.200 Euro Haushaltsreste übertragen.

Die geplanten Neubeschaffungen für Spielgeräte konnten noch nicht erledigt werden. Aus diesem Grunde wurden für die nicht verausgabten Haushaltsmittel Haushaltsausgabereste gebildet.

Das geförderte Projekt der Medienbeschaffung für die Schulen ist noch nicht abgeschlossen. Es wurden deshalb die nicht verausgabten Mittel auf das Haushaltsjahr 2004 übertragen.

Hoch- und Tiefbau

	veranschlagt (HHSoll + Reste aus Vorjahren	Anordnungs- soll ein- schließlich Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz	Abwei- chung in Pro- zent
Hochbau	3.808.246,94	3.297.632,93	-510.614,01	-13
Tiefbau (Straße, Abwasser)	2.659.991,65	1.212.044,12	-1.447.947,53	-54

Die in der vorstehenden Tabelle genannten Differenzen sind keine echten ersparten Mittel, sondern noch auszubehende Gelder für begonnene oder noch nicht abgerechnete Maßnahmen. In der Gesamthöhe war die Bildung von Haushaltsausgaberesten erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Keine

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2004/025

freigegeben am 03.02.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann

Datum: 03.02.2004

Optimierter Regiebetrieb des Bauhofes Rastede; Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2003

Beratungsfolge:Status

Ö

Datum

24.02.2004

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2003Bericht über den Stand des Jahresabschlusses 2003

Ein entgeltiger Jahresabschluss 2003 kann noch nicht vorgelegt werden, da ein Prüfbericht der Treuhand-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft aufgestellt wird.

Es wurden in 2003 insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 1.099.985,91 € erzielt. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan (1.179.300,- €) ergibt sich ein Mindererlös von 79.314,09 €. Der Mindererlös begründet sich durch Krankheitsausfall und geringeren Materialaufwand gegenüber der Wirtschaftsplankalkulation.

Die Aufwendungen betrugen insgesamt 1.013.835,73 €. Das ergibt im Vergleich zum Wirtschaftsplan einen Minderaufwand von 165.464,27 €. Der Minderaufwand begründet sich durch geringere Lohnkosten wegen Krankheit sowie geringere Materialaufwendungen und Kfz-Reparaturkosten.

Erträge

Umsatzerlöse

Bis einschließlich Dezember 2003 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1.099.985,91 € erzielt.
Die Umsatzerlöse wurden sowohl aus Daueraufträgen als auch aus Einzelaufträgen erzielt.

	Ergebnis 2003	lt. W.-Plan
Summe	1.099.985,91 €	1.179.300,00 €
Differenz		-79.314,09 €

1. Aufwendungen

Die Summe der Gesamtaufwendungen betrug 1.022.882,73 €

	Ergebnis 2003	lt. W.-Plan
Summe	1.013.835,73 €	1.179.300,00 €
Differenz		-165.464,27 €

2. Ergebnis

Es wurde ein Überschuss von 86.150,18 € erwirtschaftet

	Ergebnis 2003	lt. W.-Plan
Summe	86.150,18 €	0,00 €
Differenz		86.150,18 €

Entwicklung des Vermögensplanes 2003

1. Einnahmen

Die Abschreibung für das Geschäftsjahr 2003 werden sich auf 86.953,- € belaufen. Aus Fahrzeugverkäufen konnten 100,- € erzielt werden. Neue Kredite wurden nicht in Anspruch genommen, da auf den Kauf der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Fahrzeuge, wie Fendt-Geräteträger und Transportfahrzeug, verzichtet wurde.

Für laufende Kredite wurden Zinsen in Höhe von 9.610,63 € und Tilgungen in Höhe von 10.983,16 € für das Jahr 2003 gezahlt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

keine